Mehr Geld für Arbeit und Sozialstaat statt Milliarden zur Kriegsaufrüstung!

NEIN zu Sky Shield und zur Einbindung Österreichs in EU- oder USA-NATO-Kriegspläne.

JA zur immerwährenden Neutralität

GEGEN die Kriegstreiber in Ost und West, in der EU und in Österreich!

Schluss mit dem Ukrainekrieg – sofortiger Waffenstillstand und Friedensverhandlungen.

Schluss mit dem Völkermord in Gaza & Westjordanland.

Unsere Industrie gehört nicht auf Rüstungsproduktion ausgerichtet! Das Bundesheer gehört nicht auf Kriegsteilnahme im EU-Deutschland-USA/NATO-Verbund ausgerichtet und aufgerüstet. Diese neutralitätswidrige Politik muss gestoppt werden. Neutralität heißt keine Politik der Anheizung von Konflikten und Kriegen, Neutralität heißt keine Kriegsteilnahme!

Vielmehr müssen heute Investitionen in Klimaschutz getätigt werden und nachhaltige Produktion von Gütern Dienstleistungen erfolgen. Das Geld, die Milliarden dürfen nicht in Aufrüstung zur Eingliederung Österreichs in die USA/NATO-EU-, Deutschland-Kriegspolitik fließen! Das Geld muss, die Milliarden müssen in soziale Sicherheit, und Sozialstaat, d.h. in leistbares Wohnen, Heizen, Leben, in Arbeit, Bildung, Gesundheit, Pflege oder Pensionen umgelenkt werden. Kanonen und Raketen schaffen keine Lebensqualität und Wohlstand. Im Gegenteil: sie machen alles teurer und teurer und letztlich alles kaputt: Leben, Umwelt, Zukunft, insbesondere der Jugend!

Österreich hat 1955 die immerwährende Neutralität im Verfassungsrang beschlossen, weil wir aus zwei Weltkriegen gelernt haben. Das bedeutet nicht nur eine militärische Neutralität, auch politisch und wirtschaftlich muss die Neutralität von den Entscheidungsträgern glaubhaft betrieben werden.
Daher ist die Teilnahme Österreichs an NATO-Deutschlands Angriffsraketen-system Sky Shield ein Neutralitätsbruch und eine finanzielle Katastrophe. Genauso wie die Kriegsproduktion durch z.B. die MAN-Rheinmetall, wo in Österreich an der Aufrüstung des „Westens“ mitgewirkt wird. Oder Steyr-Motors, das vor einem Verkauf an eine US-Drohnenfirma steht.

<u>Wer wird belastet, wem wird genommen?</u>

- Weitere Kürzungen bei Sozialleistungen, Bildung (z.B. Unis), Gesundheit

- Niedrigverdiener und ältere Beschäftigte müssen ab 2027 voll in die Arbeitslosenversicherung einzahlen
- Pensionen werden 2027/2028 unter der Inflation „angepasst“, also gekürzt
- Neue Belastungen für die Bevölkerung sind von der Regierung schon angekündigt, um das Budgetziel 2027/2028 zu erreichen.

Wer soll jedoch entlastet werden, wem wird gegeben?

- **Unternehmen** bekommen eine Senkung der sog. Lohnnebenkosten um **zwei Milliarden** Euro auf Kosten der Familien (FLAF)
- **Industrie** bekommt eine Strompreisstützung von **750 Millionen Euro**
- **Industrie** will eine **Lockerung bei Rüstungsexporten** und erhofft sich davon ein **weiteres Milliarden Euro Geschäft** auf Kosten der Jugend
- **Ölmultis** schwimmen in noch nie dagewesenen **Milliardengewinnen**, verdienen an Krieg und zerstören Klima und Umwelt
- **Bundesheer-Militär** will **bis 2036** fast **50 Milliarden Euro** für die „Kriegstauglichmachung“ Österreichs
- **Banken** machten allein im ersten Halbjahr 2026 rund **9 Milliarden Profit**

Die geplante Hochrüstung Österreichs mit Panzern, Flugzeugen, Raketen usw., dient nicht der Verteidigung, nicht dem Schutz der Neutralität Österreichs! Das zielt darauf ab, Österreich in eine EU(NATO)-Armee einzugliedern. Das macht Österreich erst zum Angriffsziel. Auch an den EU-Milliarden (bisher rund 200 Milliarden Euro; Berliner Zeitung, 30.10.2026) für die Fortführung des Ukrainekrieges zahlt Österreich neutralitätswidrig mit.

Mit all dem wird die Umverteilung von unten nach oben zu den Konzernen und sowieso schon Reichen weiter verstärkt.

Kein Sparen für Aufrüstung und Krieg!

NEIN zu Milliarden für Konzerne, Aufrüstung und Kriegsvorbereitung!
JA zu mehr Sozialstaat und zur immerwährenden Neutralität Österreichs!

PETITION: unterzeichnen, einscannen und senden an: ggae@gmx.at
https://prosv.at/nein-zum-sozialabbau-kein-sparen-fuer-aufruestung-und-krieg

REDEN WIR DARÜBER – MITEINANDER
HANDELN WIR – GEMEINSAM
Kontakt: oesolkom@gmx.at
Mehr Informationen unter: www.prosv.at
Zeitung: Solidarität – unsere Chance https://prosv.at/zeitungen

Österreichisches Solidaritätskomitee, Plattform pro Sozialstaat, Stiftgasse 8, 1070 Wien www.prosv.at * oesolkom@gmx.at